



BAYERN

LANDESJOURNAL

Projekt Neue Dienstwaffe – erste Meilensteine geschafft



Nach dem offiziellen Startschuss durch Innenminister Herrmann (s. DP 6/2017) sind die ersten Meilensteine geschafft. Sowohl die Projektgruppe selbst, als auch der sog. Lenkungsausschuss haben die Weichen zur Beschaffung der neuen Dienstwaffe gestellt. Am 12. 6. 2017 wurde die europaweite Ausschreibung veröffentlicht. Vermutlich wird es aber nur vier Firmen geben, die sich daran beteiligen, da eine der Anforderungen die sog. Zertifizierung nach der Technischen Richtlinie (TR) für Polizeipistolen ist. Die SF9-TR von Heckler & Koch, die Walter PPQ M 3/P3 sowie die SIG Sauer P 320 Compact haben diese Zertifizierung durch das Beschussamt in Ulm schon hinter sich, die österreichische Glock 46 ist gerade dabei. Zwei weitere große Hersteller (Ceska und Beretta) haben schon abgewunken, da sie nicht glauben, dass Bayern ihnen einen Zuschlag geben würde. Aber man wird sehen, mitunter gibt es bei solchen Ausschreibungen ja doch Überraschungen. Immerhin wird man mit Rotwaffen fürs Training und einem Ersatzpool für die laufenden Waffenrevisionen rund 44 000 Waffen kaufen.

Einen hohen Anteil am Vergabe-

verfahren werden letztlich die fachlichen Tests haben, denen sich die Anbieter unterziehen müssen. So wird eine sog. Technikbewertung mit rund 40 Kriterien und dem ausführlichen technischen Test mit rund 800 Einzelmerkmalen etwa 38% und die Tests durch Anwender und Experten (PE- und Schießtrainer) rund 62% des Anforderungsprofils ausmachen. So wird z. B. mit dem **Test 10** durch die Techniker jedes Pistolenmodell mit 10 000 Schuss auf die Dauerbelastung getestet. Auch wenn ein solcher Test im Rahmen der Zertifizierung erfolgt, so machen sowohl Beschussamt als auch die Hersteller selbst ein „Staatsgeheimnis“ aus der dabei verwendeten Munition. Insofern ist es notwendig, dass unsere bei der Polizei verwendete Actionmunition mit diesem Dauertest verschossen wird, da jede Munitionsort ihre Eigenarten hat. Danach wird der Verschleiß bewertet und man will auch sicher sein, dass die neu zu beschaffenden Waffen eine lange Lebensdauer haben und vor allem auch die Sicherheit des Schützen auch nach vielen Schüssen gewährleistet ist. Beim fachlichen **Test 100** werden rund 100 Schieß- und PE-Trainer aus den verschiedenen Verbänden die Waffe ausführlichen Tests unterziehen, insbesondere hinsichtlich Handhabung und Sicherheit beim polizeilichen Einsatz und dann werden mit dem **Test 1000** die Anwender gefragt. Diese Tester werden ebenfalls aus den verschiedenen Verbänden rekrutiert und sollen analog dem Projekt Neue Uniform möglichst repräsentativ die Zusammensetzung der Bayer. Polizei widerspiegeln. Hier geht es ebenfalls um Handhabung, Schussverhalten und Tragekomfort.

Da natürlich die alten Holster nicht mehr zur neuen Waffe passen, ist auch nach der Entscheidung für ein neues Modell der Pistole dann die entsprechende Ausschreibung und Erprobung für ein neues Holster notwendig. Man diskutierte lange in den Gremien, ob man nicht eine Komplettausschreibung für Waffe und Holster als Gesamtsystem favorisieren sollte.

Dazu ist jedoch zu sagen, dass dies die Waffenhersteller vom Grundsatz her nicht anbieten und man dann zudem befürchten muss, dass der Hersteller aus Kostengründen möglicherweise ein billiges Holster ins Gesamtpaket einbaut, da er es ja selbst auch erst beschaffen muss. Zudem ist der Markt für Pistolenholster viel größer als der Markt für Polizeipistolen, insofern besteht die Chance, für die moderne neue Waffe ein optimales Holster zu finden.

Die Auswertung der Angebotsunterlagen ist für den August geplant, danach sollen die Tests der angebotenen Waffen erfolgen. Etwa im September 2018 sollen spätestens die ersten Pistolen geliefert werden, da nach den derzeitigen Personalplanungen die dann voraussichtlich 930 neuen Kollegen/-innen nicht mehr mit einer P 7 ausgerüstet werden können. Diese sollen dann ihre Ausbildung auch gleich mit der neuen Waffe beginnen. Im Lenkungsausschuss bestand viel Einigkeit, für eine Frage gab es allerdings große Meinungsunterschiede: Bis zu welchem Zeitpunkt vor der Pensionierung sollen die älteren Kollegen noch mit dem hohen Trainingsaufwand für das sichere Schießen „traktiert“ werden? Aus Fürsorgegründen (gerade in Zeiten der Terrorgefahr ist ja mit eines der Hauptargumente für eine neue Waffe, dass man mindestens 14 Schuss im Magazin haben sollte) wäre natürlich die Ausstattung jedes Kollegen sinnvoll, andererseits ist es doch ein hoher Trainingsaufwand und so mancher Kollege möchte einfach mit seiner langjährigen Gefährtin P 7 in den Ruhestand gehen.

Wie denkt Ihr darüber? – Eure Meinung gerne an das Mailpostfach: p7@gdpbayern.de

Grüß aus München

Peter Schall, Landesvorsitzender



Neues zum Thema Arbeitszeit?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinen Dienststellenbesuchen werde ich vor allem immer wieder auf das Thema Arbeitszeit angesprochen. Was gibt es dazu Neues? Warum hört man von den Gewerkschaften nichts mehr dazu? Ich nehme das zum Anlass, euch wieder mal einen „Lagebericht“ zu geben. Aber ich muss euch warnen: das geht nicht in zwei Sätzen, ihr werdet euch also mit diesem Text auseinandersetzen müssen.

Das ist auch schon der erste Punkt und ich bitte das nicht als Vorwurf zu verstehen: ich stelle immer wieder fest, dass in erster Linie irgendwelche Gerüchte rumgehen, die auch niemand hinterfragt und ich stelle fest, dass die allerwenigsten wirklich wissen, wovon sie reden. Ich weiß, ich rede mich da leicht, weil ich ja durch

meine Funktion tief in der Materie drin bin und ihr nicht die Zeit habt, euch ständig damit auseinanderzusetzen. Aber es ist einfach Fakt, dass die wenigsten wissen, wovon sie reden.

Es gibt aktuelle Beschlüsse der GdP zum Thema Arbeitszeit. Das ist zum einen die Forderung der 35-Stunden-Woche und zum anderen eine Auflistung der einzelnen Punkte, wie z. B. Beibehaltung der Möglichkeit F/N, der sogenannte Doppelschlag. Diese Beschlüsse wurden im LDT angenommen und sind somit für die GdP-Verantwortlichen bindend. Wir sind eine Interessenvertretung, ihr seid die Mitglieder, die ihren Beitrag für diese Organisation zahlen, und ihr seid es, die anschaffen.

Was läuft aktuell: Momentan sind wir mitten im Pilotbetrieb. Das ist auch der Grund, warum ihr derzeit von den Gewerkschaften zum Thema Arbeitszeit nichts hört. Es bringt momentan einfach nichts, Forderungen zu stellen, weil wir den Ausgang der Piloten nicht kennen. Den aktuellen Stand der Piloten könnt ihr übrigens im Intranet nachlesen. Das ist eine Seite der Arbeitsgruppe Arbeitszeit mit laufenden aktuellen Hintergründen. Allerdings muss man natürlich dazu sagen, dass dies eine Seite des Ministeriums ist. Ich möchte damit nicht sagen, dass die Inhalte falsch sind (Fake-News) aber die Gewerkschaften werden sicher manche Dinge anders interpretieren.

Die Piloten werden Mitte des Jahres abgeschlossen sein, danach ist zwingend eine Evaluierung notwendig. Dies wird auch wieder eine Zeit in Anspruch nehmen. Und dann geht die eigentlich gewerkschaftspolitische Diskussion erst richtig los. Und deshalb nochmals meine Feststellung: momentan machen gewerkschaftliche Forderungen keinen Sinn. Das wird erst interessant, wenn die Fakten zu den Piloten auf dem Tisch liegen. Von Verantwortlichen des Präsidiums wurde in Veranstaltungen immer wieder gesagt, dass die „Sache“ durch ist. Dass der Minister schon entschieden hat und Früh/Nacht nicht mehr erlaubt sein wird. Ich respektiere diese Meinung, ich teile sie aber nicht. Erfahrungsgemäß wird dies eine Entscheidung sein, die zwischen dem Ministerium und den Gewerkschaften entschieden wird und nicht auf PP-Ebene.



Wir wurden immer wieder dafür kritisiert, dass wir in Niederbayern keine Piloten laufen haben. Ich werde immer wieder vonseiten des IM darauf angesprochen. Nach dem Motto: wie wollt ihr mitreden, wenn ihr nicht mal bereit seid, etwas auszuprobieren? Das Argument hat natürlich seine Berechtigung, aber dazu muss man auch wissen, dass wir als PR nie aktiv verhindert haben, dass wir in Ndb. Piloten ausprobieren. Ich habe allerdings auch immer wieder gesagt, dass die Piloten meines Erachtens keinen Sinn machen. Denn wie soll ich etwas ausprobieren, wenn ich nicht weiß, was erlaubt ist. Für mich macht das nur Sinn, wenn ich weiß, was rechtlich geht und was nicht. Das IM sagt natürlich, das steht durch die EU-Verordnung fest. Das ist aber deren Meinung und nicht unsere. Meines Erachtens gibt es sehr wohl Möglichkeiten unser bisheriges Modell rechtlich zu begründen. Gerichtlich überprüft wurde das bisher nicht. Und solange das nicht passiert ist, wird es auch bei rechtlichen Meinungen bleiben.

Kernproblem der ganzen Diskussion ist meines Erachtens im Wesentlichen die Frage, ob wir weiter den Doppelschlag F/N an einem Tag arbeiten dürfen oder nicht. Das habe ich auch in den Diskussionen vor Ort immer wieder mitbekommen. Wie soll man in Zukunft auf kleinen Dienststellen einen Schichtbetrieb organisieren, wenn man F/N nicht mehr kombinieren kann? Viele

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2017 ist am 3. Juli 2017. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



ARBEITSZEIT

Dienststellen können nur noch über das Flex-Modell ihren Dienstbetrieb aufrechterhalten und natürlich mit der Bereitschaft der Kollegen, Engpässe auszugleichen. Wird das noch so sein, wenn ich zukünftig sechsmal in der Woche in die Arbeit gehen muss? Wie sollen die Pendler in Zukunft diese Dienste organisieren? Frühschicht und am nächsten Tag Nachtschicht? Eins steht fest, dann fahren die Kollegen auch zwischen diesen Teilschichten wieder nach Hause und ob das dann besser ist? Es stellen sich viele Fragen und immer wieder wird klar, dass eine Neuregelung der Schichtzeiten auch zu einer gravierenden Änderung der Organisationsabläufe in den Dienststellen führen wird.

Das IM führt immer wieder ins Feld, dass die Regelungen zum Schutz der Beschäftigten eingeführt werden. Es geht also um das Thema Arbeitsschutz. Das ist auch richtig, dass sich der Dienstherr dafür einsetzt. Die Gesund-

heit der Mitarbeiter muss oberste Priorität haben. Allerdings ist dies nur die eine Seite der Medaille: das alles muss nach dem Willen des IM mit dem gleichen Personalkörper passieren. Und das wird nicht gehen. Wenn ich die Arbeitszeit gesünder gestalten will, dann werde ich mehr Personal dazu brauchen. Und somit drehen wir uns immer wieder im Kreis, denn wir alle wissen, dass das nicht gehen wird. Die Personalstärke ist an sich schon auf einem Stand, der es schwierig macht, den Dienst aufrechtzuerhalten.

Als GdP haben wir deshalb auch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche aufgestellt. Das ist im Übrigen nichts Anderes als die Faktorisierung der arbeitszeit. Ich will es am Beispiel von BMW festmachen. Menschen, die dort nur in der Nachtschicht arbeiten, bekommen für 26 Stunden Arbeit den vollen Lohn. Ihre geleisteten Stunden sind also mehr wert. Und das ist unse-

re zentrale Forderung. Wenn ich im Wechselschichtdienst nur noch 35 Stunden leisten muss, dann habe ich auch genügend Ausgleichszeiten, um mich von meinem Nachtdienst zu erholen. Dann ist auch F/N möglich.

Jetzt bin ich am Arbeitszeitmodell der Zukunft: wir haben es nämlich schon gefunden. Das 5-Schichten-Modell läuft in unseren großen Dienststellen mittlerweile problemlos und erfreut sich einer fast 100%igen Akzeptanz. Der zusätzliche freie Tag in der Freizeitphase gewährleistet einen ausreichenden Erholungsfaktor. Leider funktioniert dieses Modell bislang nur bei großen Dienststellen mit einem großen Personalkörper. Will man es auch auf kleineren Dienststellen umsetzen, dann muss man mehr Personal einsetzen. Das wir aber nicht haben. Und damit schließt sich wieder der Kreis.

Fortsetzung folgt!

Von Martin Lehner,
stellv. BG-Vorsitzender Niederbayern

Leserbrief zum Abschiebeinsatz in Nürnberg

Was ist nicht schon alles zum Abschiebeinsatz an der Nürnberger Berufsschule gesagt und geschrieben worden! Da wurde harsche Kritik am angeblich unverhältnismäßigen Vorgehen der Polizeikräfte geübt und die eingesetzten Beamten als gnadenlose Vollstrecker an den Pranger gestellt. Fakt ist, dass die Polizei in einem demokratischen Staat zu den Exekutivorganen gehört und somit die Aufgabe hat, Beschlüsse der Gesetzgebung und Rechtsprechung auszuführen und umzusetzen. Die Polizei musste den afghanischen Schüler bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen in Gewahrsam nehmen, um die Abschiebung zu ermöglichen. Da gab es nun mal keinerlei Handlungsspielraum.

Und wie oft wurde nicht davon gesprochen, der Schüler sei von den Polizeibeamten aus dem Klassenzimmer gezerrt worden! War dies tatsächlich so? Wenn wir bei der Wahrheit bleiben, hat nicht die Polizei, sondern die Schulleitung den Schüler aus der Klasse geholt und der Streife übergeben. Die eingesetzten Beamten hätten den jungen Mann nun (ohne, dass es überhaupt jemand mitbekommen hätte!) aus der Schule bringen können. Die medial als gefühllos und unmenschlich dargestellten „Vollstrecker“ kamen dann jedoch dem Wunsch des

jungen Mannes nach, sich persönlich von Lehrer und Mitschülern zu verabschieden, und ließen ihn für kurze Zeit ins Klassenzimmer zurückkehren, während sie selbst aus Diskretion auf dem Gang warteten, bis der Schüler freiwillig und kooperativ aus dem Klassenzimmer kam. Kann man bei einem solchen Vorgehen tatsächlich davon sprechen, der Schüler sei zwangsweise aus dem Unterricht geholt worden, wie laut Berichterstattung Herr OB Ulrich Maly, verschiedene Menschenrechtsorganisationen und Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm kritisiert haben?

Dass Mitschüler und Lehrer im Anschluss aus Solidarität friedlich mit zum Streifenwagen gekommen sind, ist völlig nachvollziehbar und menschlich zu begrüßen. Was sich dann jedoch entwickelt hat (Sitzblockade bis hin zu gewalttätigen Angriffen durch zwischenzeitlich hinzugekommene Außenstehende) ist keinesfalls gutzuheißen und zu tolerieren. Und es muss auch klar und deutlich angesprochen werden, dass die Ursache für den weiteren Einsatzverlauf das Werfen von Flaschen und eines Fahrrads gegen Polizeibeamte war. Die Gewalt ging also nicht von der Polizei aus! Anwesende Gruppierungen haben den Vorfall für ihre Interessen missbraucht und

veranstalten nun Demonstrationen gegen Polizeigewalt! Festzustellen ist auch, dass die Polizei wieder einmal Probleme ausbaden muss, die ihr die Politik eingebrockt hat. Ganz sicher ist doch, dass auch Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes Gewissenskonflikte durchleben und oft gezwungen sind, als Vertreter des Staates anders zu handeln als sie dies als Privatpersonen täten.

Eine Anmerkung zum Thema Polizeipräsenz an Schulen: Ja, eine Schule soll ein friedlicher, gewaltfreier Ort sein. Dies ist – unabhängig von dem aktuellen Einsatz – aber leider oft nicht der Fall, weshalb eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule stattfindet und stattfinden muss. So sind mittelfrankensweit Schulverbindungsbeamte als Ansprechpartner installiert, die im Bewusstsein für den sensiblen Bereich Schule in der Regel in zivil und in vorheriger Ab- und Rücksprache mit den jeweiligen Schulleitungen tätig werden. Jetzt einen Keil zwischen die gewachsene Beziehung Schule und Polizei zu treiben, wäre für die Sicherheit unserer Schüler fatal!

Ulrike Rauskolb-Kunz,
stellv. Vorsitzende BG Mfr.



SPD-Landtagsabgeordnete im Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Einen offenen Brief der GdP Bezirksgruppe Niederbayern nahmen die beiden SPD-Abgeordneten Ruth Müller (Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Straubing) und Bernhard Roos (Passau) zum Anlass, um über die Arbeitszeitmodelle zu diskutieren, deren Neuregelung derzeit in 40 Pilotversuchen bayernweit getestet wird.

Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der GdP, Siegfried Saatberger und Martin Lehner schilderten den beiden Abgeordneten die Situation bei den Schichtdienstleistenden. Kern des Problems ist die derzeit diskutierte Abschaffung des sogenannten „Doppelschlages“, also die Kombination von Frühschicht und Nachtschicht an einem Tag. „Die Frühschicht dauert von 6.30 Uhr bis 12.30 Uhr“, so Lehner. Nach sechs Stunden Pause beginne um 18.30 Uhr die Spätschicht, die bis morgens um 6.30 Uhr dauert, erläuterte er das derzeitige Arbeitsmodell, das gerade den vielen Pendlern, die an den Polizeidienststellen im ländlichen Raum eingesetzt seien, persönlich sehr entgegenkom-



me. Eine Umfrage der GdP Bezirksgruppe Niederbayern habe ergeben, dass sich über 95% aller Kolleginnen und Kollegen für die Beibehaltung des „Doppelschlages“ ausgesprochen hätten, begründete Saatberger sein Eintreten für die Interessen seiner Mitglieder. Dass nun über Änderungen der Arbeitszeit diskutiert werde, liege an einer EU-Arbeitszeitrichtlinie, die alle Mit-

gliedsstaaten umzusetzen haben. Allerdings gebe es Ausnahmetatbestände, wies Saatberger die beiden Abgeordneten auf Möglichkeiten hin, die bestehenden Arbeitszeitmodelle an Dienststellen anzuwenden, die beispielsweise viele Pendler mit weiten Anreisestrecken hätten.

Die Landshuter Betreuungsabgeordnete Ruth Müller berichtete, dass die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Antrag gestellt habe, dass nach der Beendigung der Pilotversuche die Betroffenen angehört werden sollen, um abzufragen, welches Arbeitszeitmodell den meisten Zuspruch erhält.

Der Bericht dazu wird voraussichtlich im vierten Quartal 2017 im Innenausschuss des Bayerischen Landtags gegeben und erst dann würden weitere Entscheidungen getroffen. Bernhard Roos, MdL wies auch auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Schicht- und Wechselschichtdienstes hin, auch hier müsste genau geschaut werden, wie die Belastungen für die Bediensteten der Bayerischen Polizei reduziert werden könnten.



AUS DEM LANDESBEZIRK

Neue Schutzausrüstung für Bayerische Polizei

Die bayerischen StreifenpolizistInnen werden seit Anfang Juni Schritt für Schritt mit einer neueren und für potentielle Terrorlagen besser geeigneten Schutzausrüstung ausgestattet. Dazu gehören mehrere Elemente, die jederzeit griffbereit in einem neu mit der BMW AG konzipierten Kofferraumausbau bereitstehen. Schwerpunkt der

Bis November 2017 sollen alle Streifenwagen und Zivilfahrzeuge im Einsatzgeschehen mit der neuen Schutzausrüstung ausgerüstet sein. Jeder Streifenbeamte soll zu seiner persönli-

chen Schutzweste noch eine sogenannte „Funktionshülle“ erhalten, die weiteren Elemente sind in Universalgröße im Kofferraum jederzeit verfügbar.



neuen ballistischen Schutzausrüstung sind „hartballistische Schutzwesten“, weitere Aufrüstmöglichkeiten wie Schulter- und Tiefschutzelemente sowie „ballistische Helme“, die untereinander verschieden kombinierbar sind und die KollegInnen im Streifendienst im Fall des Falles optimal schützen sollen.

Herrmann betonte, dass die Bayerische Staatsregierung rund 30 Millionen Euro in den verbesserten Schutz der Polizeibeamten investiert habe.



GdP vor Ort – Besuch bei der Hubschrauberstaffel

Auf Einladung des KG-Vorsitzenden Bert Kollmeier bei der Polizeihubschrauberstaffel am Flughafen München besuchte LV Peter Schall die Staffel. Neben den Fragen über Alternativen zur Laufbahn und dem hohen Ausbildungsaufwand war es auch wichtig, den Sachstand i.S. neue Standorte zu bekommen. Waren in der Vergangenheit immer mehr als genug Bewerber für ausgeschriebene Stellen vorhanden, so ist das Interesse bei den jüngeren Kollegen/innen aktuell leider stark zurückgegangen. Dazu tragen im Vergleich zur früheren Fliegerei viele Faktoren bei. So haben sich die Anforderungen an den Flugbetrieb grundlegend gewandelt. In der Hobbyfliegerei nur von Sonnenaufgang bis –untergang unterwegs fliegt unsere Staffel seit Jahrzehnten rund um die Uhr, aber eben aus Kostengründen nur bei Bedarf – und so sind auch viele Leerlaufzeiten zu absolvieren, andererseits dann bei sehr kritischen Bedingungen (Wetter und Nachtfliegerei) extrem hohe Anforderungen durch das fliegerische Personal zu bewältigen. Auch die komplexe Technik mag Manchen abschrecken. Dazu kommt die heimatferne zweijährige Ausbildung bei der Fliegerstaffel der Bundespolizei in Bonn-Hangelar sowie für den Interessenten aus der 2. QE auch noch das erforderliche Studium der 3. QE an der Hochschule für den Öffentlichen Dienst, bei dem zum Erhalt der Fluglizenz auch noch „nebenbei“ die Mindestzahl an Flugstunden abzuleisten ist. Aktuell besteht zudem die Unsicherheit, wann ein Umzug der Staffel in München vom Flughafen nach Oberschleißheim zur Bundespolizei bzw. ob überhaupt und wann ein Umzug vom Standort Roth zum Flughafen Nürnberg möglich ist. Die Zeitleiste für diese Maßnahmen ist aktuell überhaupt nicht einschätzbar, für die Lebensplanung eines Kollegen, der sich für die Fliegerei interessiert, jedoch unabdingbar. Diskutiert wurde auch, inwieweit

man die hoch qualifizierte Ausbildung als Pilot nicht generell als Laufbahnprüfung für die 3. QE gelten lassen soll – andererseits was ist dann mit diesen Polizeikollegen, wenn der Flugarzt die Flugtauglichkeit nicht mehr bescheinigt. Hier muss nach Meinung der GdP nach neuen Lösungen gesucht werden. Aber selbst wenn man alles so lässt wie es ist und die Umzugsproblematik gelöst ist bleibt auch die Frage nach den Karrierechancen. Wie in anderen Bereichen auch fehlt es an ausreichend hoch dotierten Dienstposten – ein Problem, das man nach Meinung der GdP am einfachsten lösen könnte. Der Landtag bewilligt Dienstpostenhebungen in erster Linie für die Basis-Arbeit, und es wird niemand bestreiten, dass Flugdienst in der Bayer. Polizei bei oft widrigen Bedingungen und rund um die Uhr in polizeilichen Einsatzsituationen Basis-Arbeit ist. Gute Arbeit – gutes Geld – eine alte GdP-Forderung und daher müssen baldmöglichst entsprechend Dienstposten für das fliegerische Personal angehoben werden, damit wieder ausreichend viele Interessenten sich wegen guter Karrierechancen für das aufwändige Auswahlverfahren interessieren.

Neben den Personal- und Standortproblemen gibt es auch aktuell angesichts der TE-Lage die Frage nach einem größeren Hubschraubermodell, das gerade für das Flächenland Bayern benötigt wird, um SEK-Kräfte(zumindest ein Vorkommando mit Ausrüstung) möglichst schnell an den Einsatzort zu bringen. Bislang hat man sich hier in erster Linie auf die Bundespolizei bzw. die Bundeswehr verlassen, doch es zeigt sich, dass man zumindest mit einer leistungsfähigeren Maschine je Standort unabhängig und vor allem schneller reagieren kann. Hier wird man wohl seitens der Staatsregierung im nächsten Doppelhaushalt nachbessern müssen.

PSch



AUS DEN BEZIRKEN

Neue Vorstandschaft bei der KG Bamberg-Forchheim

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bamberg-Forchheim fand in der Traditionsgaststätte Löwenbräu in Buttenheim statt.



Nach fünf Jahren war es zudem wieder an der Zeit, eine neue Vorstandschaft zu wählen. Zu Beginn der Sitzung wurde an die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder gedacht. Im Rahmen des Rechenschaftsberichts erfolgte ein Überblick über die Aktivitäten der KG. So führte die traditionelle Herbstfahrt zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sowie etliche Pensionisten nach Regensburg. Der 27. Bürger- und Polizeiball fand am Samstag vor dem ersten Advent im Hellsaal der Konzerthalle in Bamberg vor ausverkauftem Publikum statt. Als Geschenk erhielt jedes Mitglied einen faltbaren Einkaufskorb. Weiterhin wurden im Verlauf der JHV die Eh-

rungen unserer langjährigen Mitglieder durchgeführt. Hervorstechend war hier die beachtenswerte 60-jährige Mitgliedschaft unseres Hans Joachim Klehr.

Im Anschluss wurde die alte Vorstandschaft entlastet und Neuwahlen durchgeführt. Im Amt bestätigt wurde der Vorsitzende, der 56-jährige Hartmut Demele aus Forchheim.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Oberfranken, Holger Bornkessel, referierte über aktuelle Polizeithemen wie die neue Dienstwaffe, neue Arbeitszeitmodelle und die nicht nur in Oberfranken unzureichende Personalentwicklung. **Von Hartmut Demele**

Zahlreiche Ehrungen bei der KG Coburg

Im April fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Coburg-Kronach-Lichtenfels in der Gaststätte Beckenhaus in Niederfüllbach statt. Der Vorsitzende Stefan Heinrichs konnte zahlreich erschienene Mitglieder begrüßen. In einem Rückblick erinnerte der Vorsitzende an die Fahrt nach Loket und Waldsassen. Der 23. Bürger- und Polizeiball war ebenfalls wieder ein gelungenes Event. Es konnte an eine Kinderkrebsstiftung ein Scheck in Höhe von 1500 € Spendengelder übergeben werden.

Der Personalkörper werde immer enger und das fehlende Personal beschäftigte die GdP schon seit Jahren. Immer mehr Aufgaben zehren an der persönlichen Substanz. Durch den Be-

zirksvorsitzenden Holger Bornkessel wurde über die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte berichtet. Nun wird endlich eine jahrelange Forderung der GdP nach



Vorne v. l.: Konrad Schadt, Kurt Wöhner, David Brütting, Wilhelm Russ, Alfred Dehler; hinten v. l.: Hans Schubert, Vorsitzender Stefan Heinrichs, Werner Jung, BGV Holger Bornkessel, Arno Köhler

einen eigenen Paragrafen zum Schutz von Vollzugsbeamten und Rettungskräfte, welche durch Ausstehende angegriffen werden, umgesetzt. Der § 115 StGB kommt laut Justizminister Heiko Maas noch dieses Jahr in den Bundestag zur Verabschiedung.

Geehrt wurden für 20 Jahre: Käthe Angermüller, Thorsten Hoydem, Klaus-Peter Lang, Sebastian Zeh für 30 Jahre: Stefan Heinrichs, für 40 Jahre: Siegfried Bayer, Hans-Joachim Finsel, Konrad Schadt, Kurt Wöhner, für 50 Jahre: Reiner Konhäuser, Ludwig Toth, für 55 Jahre: Harry Klinner, Arno Köhler, Hans Schubarth, für 60 Jahre: David Brütting, Alfred Dehler, Werner Jung und für 65 Jahre: Wilhelm Russ.

JHV der GdP-Kreisgruppe Haßberge

Zahlreiche neue Mitglieder konnte Jürgen Schor, Vorsitzender der Kreisgruppe Haßberge, bei der diesjährigen Jahresversammlung in den Frankenstuben vermelden. Elf Kolleginnen und Kollegen sind der GdP beigetreten; demnach hat die KG 55 Mitglieder, 30 im aktiven Dienst und 25 Pensionisten. Der Vorsitzende bat stets um Mithilfe zur Werbung neuer Mitglieder. In Ebern findet zudem jeden zweiten Donnerstag im Monat ein Polizeisamtisch im Gasthof Post statt, den vor allem ältere Kollegen gerne für regelmäßige Kontakte nutzen würden. Gedacht wurde außerdem den Verstorbenen Thomas Meißner und Siegfried

Bachman. BG-Vorsitzender Holger Zimmermann aus Würzburg sagte, die Entwicklung in der KG Haßberge sei gut. Erfreulich wäre, dass viele junge Mitglieder dazugekommen sind. Auch in Unterfranken seien die GdP-Mitglie-



der von 1200 auf 1560 Mitglieder gestiegen. Die GdP in Unterfranken gab für Werbung viel Geld aus, das habe sich gelohnt.

Neben den Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft ehrte Bezirksvorsitzender Holger Zimmermann außerdem Berthold Schineller, der die Kreisgruppe Ebern seit 2004 führte und auch später, ab 2007, die Kreisgruppe Haßberge übernahm, nachdem die KG Ebern und die KG Haßfurt fusionierten und daraus die Kreisgruppe Haßberge wurde. „Du warst über elf Jahre Vorsitzender der KG und hast das mit Bravour getan“, lobte Holger Zimmermann. **Von Helmut Will**



WIR TREFFEN IMMER ...

DAS MUST-HAVE

Fliegenklatsche „Polizeikelle“



GdP Service GmbH



Bestellungen per Mail unter:
shop@gdpservicegmbh.de
oder 089/578388-28

DPMA registriertes eingetragenes Design
30 cm Griff mit Aufdruck
Netzteil ca. Ø 10 cm, gesamt Ø 14 cm

2,95 € zuzügl. Versandkosten

Gewerkschaft der Polizei



JHV der Bepo SuRo mit Neuwahlen

Ende April 2017 fand die diesjährige Hauptversammlung der GdP im kleinen Speisesaal der VII. BPA statt. Nach einer kleinen Stärkung wurden von Andreas Lanzhammer in einer kleinen PowerPoint-Präsentation die zurückliegenden Aktivitäten und die Vorschau auf kommende Termine gezeigt. Insbesondere wurde auf die Personalratswahlen, die Tarifverhandlungen und Streikaufrufe und nicht zuletzt die sehr erfolgreiche Blaulichtmilieuparty im ehemaligen Ringtheater Amberg mit ca. 400 Besuchern letztes Jahr eingegangen.

Nachdem durch den Finanzvorstand Christian Kaiser der Kassenbericht vorgetragen wurde und die feh-

lerfreie Kassenführung von Manfred Weiß schriftlich bestätigt wurde, konnte die Ehrung der langjährigen Mitglieder vorgenommen werden. Michael Heß bekam für seine 30-jährige Mitgliedschaft einen Präsentkorb überreicht. Siegfried Piehler stellte sich den Neuwahlen der neuen Vorstandschaft nicht mehr zur Verfügung und wurde von Manfred Butz verabschiedet.

Neben den Neuwahlen, bei denen alle vorgeschlagenen Mit-

glieder, somit auch Vorsitzender Manfred Butz, einstimmig im Amt bestätigt wurden, waren die interessanten und kurzweiligen Referate von LV Peter Schall und seiner Tarifstellvertreterin Karin Peintinger Highlights des Abends.

Von Anja Sippel



Foto: Peter Eckert

